

Neue Richtlinien: Flüchtlingsrat in Bedrängnis

Der Verein rechnet mit weniger Landeszuschüssen in einer fünfstelligen Größenordnung und fühlt sich überrumpelt.

VON NORBERT STRIKEN

Neue Richtlinien des Landes stellen den Flüchtlingsrat Krefeld vor finanzielle Probleme. Die Änderung bringe den Verein an die Grenzen der Belastbarkeit. „Im neuen Jahr entsteht wahrscheinlich ein Mehrbedarf im fünfstelligen Euro-Bereich, den wir zukünftig zusätzlich aus Spendengeldern finanzieren müssen“, kritisierte die Vorsitzende des Flüchtlingsrates, Ute Richter, am Dienstag.

„Dadurch wird die für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für gelingende Integration so wichtige Vermittlungsaufgabe zwischen Flüchtlingen und Behörden in Frage gestellt“, kommentierte Michael Mommer, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Migration der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Neuregelung

aus dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration.

Unverständnis und heftige Kritik haben die von Minister Joachim Stamp (FDP) kurzfristig erlassenen neuen Richtlinien für das Förderprogramm, „soziale Beratung von Flüchtlingen“ ausgelöst. „Wir erhalten seit Jahren diese Fördermittel, die bisher in Übereinstimmung und abgestimmt auf die unterschiedliche Größe der Beratungsstellen vom Ministerium einvernehmlich zur Verfügung gestellt wurden. Umso unverständlicher ist die jetzt ohne Rücksprache erfolgte Kürzung der Mittel zu Jahresbeginn“, betonte Ute Richter.

Die teils gravierenden Änderungen hätten nicht nur Auswirkungen auf die gesamte Beratungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, sie bedrohten

insbesondere kleine, freie Träger wie den Flüchtlingsrat Krefeld. Als seit Jahren agierende Einrichtung der Hilfe für Geflüchtete sei der Flüchtlingsrat untätig anlässlich seines 25-jährigen Bestehens unter anderem von Oberbürgermeister Frank Meyer, Parteien und Sozialverbänden für sein erfolgreiches ehrenamtliches Engagement noch gewürdigt worden. „Diese Wertschätzung scheint der Minister nicht zu teilen. Wenige Tage vor Ablauf der Antragsfrist für 2021 erlässt das Ministerium neue Richtlinien. Die Weiterbeschäftigung der erfahrenen und hochqualifizierten Mitarbeiterinnen mit speziellen Fremdsprachenkenntnissen, die bisher aus diesen Fördermitteln bezahlt werden, ist damit langfristig in Frage gestellt“, sagte Ute Richter.

Wenn auch die Zahl der neu der



Ute Richter, Vorsitzende des Flüchtlingsrats, und Stellvertreter Christoph Bänders.

FOTO: NN

Stadt Krefeld zugewiesenen Geflüchteten sinke, so bestehe weiterhin ein hoher Beratungs- und Hilfebedarf für die bereits in Krefeld

lebenden Menschen. Arbeits- und Wohnungssuche, Gesundheits- und Bildungsberatung, Fragen der Orientierung im Behörden-Dickicht, rechtliche Fragen und psychische Folgen von Flucht und Ankommen in einer fremden Kultur machen qualifizierte Beratungsangebote weiter unverzichtbar, betonte sie.

„Die neuen Förderlinien zielen insgesamt entgegen den Verlautbarungen des Ministeriums auf eine Schwächung der Beratungs- und Integrationsarbeit in ganz NRW ab“, sagte Ute Richter. Sie seien ein Schlag ins Gesicht insbesondere für die vielen in der Flüchtlingsarbeit aktiven Ehrenamtler. Diese benötigten dringlich und immer häufiger das Wissen und die Erfahrung der wenigen in den Beratungsstellen hauptsächlich tätigen Berater, erklärte Ute Richter.

Rheinische Post Krefeld 25/11/20